



NEUDRUCK

Wissenschaftsausschuss

58. Sitzung (öffentlich)

4. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:35 Uhr bis 20:10 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Vorsitzender Helmut Seifen begrüßt als Nachfolger für den aus dem Wissenschaftsausschuss ausgeschiedenen Abgeordneten Florian Braun herzlich den Abgeordneten Helmut Diegel als neues Ausschussmitglied.

1 Studierende unterstützen – Beantragung und Bearbeitung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG digitalisieren

6

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/9821

- Beratung mit Vertretern des Landes-ASTen-Treffen NRW, der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW und der Firma publicplan GmbH

– Wortbeiträge

- 2 Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich 19**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/10919
- Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage 1*)
- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 34**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
- Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft
- Vorlage 17/3967 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/4093 (Fragen der SPD-Fraktion zum EP 06)
- Wortbeiträge
- 4 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des digitalen Antragsassistenten „BAföG Digital“ 42**
- Drucksache 17/11509
Vorlage 17/3997
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss hat den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis genommen.
- 5 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 44**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

6 Einheitlichkeit der M3-Examen (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4065

– keine Wortbeiträge

7 Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Hochschulen und im Bereich Weiterbildung (*Bericht beantragt von der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4089

– keine Wortbeiträge

8 Verschiedenes **47**

hier: **Verfahrensabsprache zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10840 – Stichwort: Kunststoffrecycling**

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag von Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) einverstanden, keine formale Sachverständigenanhörung zu dem Antrag durchzuführen, sondern zu einem Gespräch mit Sachverständigen im Rahmen einer regulären Ausschusssitzung einzuladen.

* * *

3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Vorlage 17/3967 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/4093 (Fragen der SPD-Fraktion zum EP 06)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erläutert, das Ministerium schaffe mit dem Haushaltsentwurf stabile Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung auf sehr gutem Niveau. Ab 2021 werde der ZSL, der sich Qualität der Lehre und des Studiums als zentralen Punkt vorgenommen habe, maßgeblich aufgebaut. Zusätzlich werde größere und langfristige Planungssicherheit geschaffen, da der Vertrag und damit auch die Co-Finanzierung des Landes unbefristet seien.

Ein weiterer Fokus liege – unabhängig von Corona – auf den Universitätskliniken. Mit großem Aufwand und Engagement habe eine Begutachtung durch den Wissenschaftsrat stattgefunden. Als Folge werde an vielen kleinen und größeren Themen gearbeitet.

Medizinforschung sei von ganz besonderer Bedeutung in Nordrhein-Westfalen. Im Bereich „Infrastruktur und Ausstattung der Kliniken“ werde einiges getan. Insgesamt solle eine leistungsfähige Medizin weiter ausgebaut werden.

Sehr gezielt werde in bestimmte Forschungsfelder der Zukunft investiert, um damit das Profil der Forschungsstandorte zu schärfen. Ein Beispiel stelle das Forschungszentrum Jülich dar, für das man sich um einen von zwei europäischen Exascale-Rechnern bewerbe.

Das Ministerium richte die Forschungsförderung des Landes neu aus. Dies werde dem Ausschuss gerne gesondert unter dem Stichwort „themenoffene Forschungsförderung“ vorgestellt. Auch die Weiterbildung stelle ein wichtiges Themenfeld des Ministeriums dar. Sie solle sehr stark weiterentwickelt werden.

Durch die aktuellen Rahmenbedingungen könnten das Engagement der Hochschulen, der gesamte Bereich Wissenschaft und Forschung, aber auch die Weiterbildung verstetigt und eine Reihe von Zukunftsprojekten vorangetrieben werden.

Dietmar Bell (SPD) erinnert an überproportionale Steigerungen im Einzelplan 06 in den vergangenen Jahren. Der aktuelle Entwurf sehe dagegen lediglich einen Anstieg um 0,52 % vor, während der Gesamthaushalt um immerhin 5,23 % zunehme. Diese Entwicklung könne nicht zufriedenstellen.

Der Erläuterungsband benenne neue Studiengänge für Psychotherapie und zur Hebammenausbildung als Schwerpunkte. Dabei handele es sich allerdings nicht um einen selbstgesetzten Schwerpunkt, sondern um die längst überfällige Umsetzung europarechtlicher Vorgaben.

In negativer Hinsicht bemerkenswert sei, dass die Studierenden nahezu komplett von Haushaltsentwicklung und Innovationen ausgeblendet würden.

Über Studierendennothilfe habe der Ausschuss intensiv diskutiert. Der Haushalt treffe jedoch keine diesbezügliche Vorsorge. Eine neue bundesrechtliche Regelung existiere nicht. Die getroffene Verabredung, Studierende vor Notsituationen zu schützen, solle eingehalten werden.

Die Inanspruchnahme öffentlicher Gelder für zusätzlichen studentischen Wohnungsbau sei zum Teil sogar rückläufig. Gleichzeitig stiegen die Sozialbeiträge der Studierenden. Die Studierendenwerke hätten in ihrer Stellungnahme sehr deutlich gemacht, dass die jetzt vorgenommene erste Steigerung in der Legislaturperiode nicht einmal ausreiche, um Personalkostensteigerungen auszugleichen. Diese Situation sei sehr unbefriedigend.

Zudem verdeutliche der Haushaltsentwurf den Bruch von Koalitionsversprechen: Laut Kanzlerkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten die Anstrengungen der Hochschulen im Bereich Forschung zu einer chronischen und strukturellen Unterfinanzierung geführt, obwohl die Koalitionsvereinbarung durch die explizite Aufnahme des Themas Anlass zur Hoffnung auf Verbesserung der Situation gegeben habe. Für die Hochschulen sei also selbst eine punktuelle Stärkung ihrer Bemühungen nicht erkennbar.

Bezüglich der vom Land bereitgestellten Mittel für Forschungsförderung habe das Ministerium kürzlich dargestellt, dass von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 54 Millionen Euro lediglich 23,8 Millionen Euro in 2018 bzw. 12 Millionen Euro in 2019 in Anspruch genommen worden seien. Für 2020 werde mit 7 Millionen Euro gerechnet. Er habe bereits um eine Auflistung der davon betroffenen Projekte gebeten. Festzuhalten bleibe auf jeden Fall die stark abnehmende Inanspruchnahme der Mittel.

Auch eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation an den Hochschulen solle es laut Koalitionsvertrag geben. Seit 2005 habe sich die Zahl der Beamten im Haushalt von 16.860 Stellen bis 2021 trotz deutlich gestiegener Studierendenzahlen allerdings kaum auf 16.517 Stellen verändert. Bei den Angestellten und Arbeitern habe es 2005 insgesamt 22.469 Stellen gegeben, während der Haushaltsentwurf für 2021 nur minimal mehr, nämlich 23.185 Stellen vorsehe. Dies sei nicht hinreichend.

Er hoffe auf eine deutliche Trendwende zum Personalaufwuchs. Die SPD werde ein härteres Controlling durch das Ministerium einfordern; denn die Antwort auf eine Große Anfrage habe relativ deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Ministerium zum Teil nicht nachhalte, inwieweit die für den Stellenaufwuchs zur Verfügung stehenden Mittel von den Hochschulen genutzt würden.

Fast ein Skandal sei die Aussage der Hochschulleitung der FernUniversität Hagen, dass das große Zukunftsprojekt der Open University in Hagen nicht realisiert werde.

Obwohl es klare Verabredungen zur Umsetzung des Konzeptes gegeben habe, finde es keine haushalterische Berücksichtigung.

Professor Sagerer habe sich sehr enttäuscht gezeigt, dass die Aufwüchse für die Medizinische Fakultät OWL nicht in dem avisierten Umfang erfolgten. Als Folge könne er notwendige Berufungen nicht auf den Weg bringen.

In einigen zentralen Punkten löse der Haushalt Sorgen bei der SPD aus. Der IT-Sicherheit werde keine ausreichende Bedeutung zugemessen. So flössen beispielsweise nicht genügend Mittel für die Digitale Hochschule NRW. Auch hierfür bedürfe es eines Stellenzuwachses an den Hochschulen und höherer Finanzmittel, um der erkennbaren Gefahrenlage deutlich entgegenzutreten zu können.

Zum Hochschulbau habe sich die Landesrektorenkonferenz besorgt gezeigt, weil die Bestandssanierung in der Mittelfristigen Finanzplanung nicht hinreichend adressiert und ausfinanziert werde.

Die SPD halte den Haushaltsentwurf insgesamt für enttäuschend und werde Änderungsanträge einreichen.

Auch **Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** spricht von massivem Änderungsbedarf an dem Einzelplan 06 und von zu wenig erkennbarem Gestaltungswillen in der Wissenschaftspolitik. Das zeige sich beispielsweise an der Haushaltstechnik.

Die letzten Jahre seien wirtschaftlich extrem stark gewesen. Trotzdem habe sich der Ansatz der Globalen Minderausgabe um 157 % erhöht. Wirtschaftliche Spielräume der letzten Jahre seien also nicht genutzt worden.

Bei Digitalisierung, Quantencomputing, KI und Hochleistungsrechnern gebe es Fortschritte. Doch das laufende Jahr habe die großen Herausforderungen für die nordrhein-westfälischen Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen gezeigt und deutlich gemacht, welch attraktives Angriffsziel sie darstellten und wie groß der Digitalisierungsbedarf an Hochschulen und Universitätskliniken nach wie vor sei. Als nicht ausreichend müsse die strukturelle Finanzierung auf diesen Gebieten bezeichnet werden.

Bei der Einrichtung von Studiengängen für Physiotherapeuten und Hebammen handle es sich nicht um eigene Gestaltung, sondern um die schlechte technische Umsetzung von Vorgaben. Insbesondere für Hebammen würden zu wenige Studienplätze vorgesehen. Perspektiven für Masterstudienplätze und Weiterbildung für Hebammen, die vom alten ins neue System wechseln wollten, fehlten. Diese Herausforderung gehe die Landesregierung nicht an.

Ohne Zweifel habe die Medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe ihre Existenzberechtigung. Sie müsse aber auch gut durchfinanziert werden. Der Rektor wende sich wegen der Finanzierungsmängel seit 2017 regelmäßig an die Oppositionsfraktionen.

Studierende seien nicht nur durch die aktuelle Krisenlage massiv herausgefordert. Gleichzeitig hätten die Studierendenwerke mit spürbarer Unterfinanzierung zu kämpfen.

Im Ausschuss sei schon häufig über studentisches Wohnen gesprochen worden. Die Studierendenwerke hätten bereits mehrfach dargelegt, dass die vorhandenen Programme nicht ausreichten und sie Vollkostenzuschüsse benötigten, um Wohnheime zu errichten. Diese fehlten bislang.

In einer der ersten Sitzungen der Legislaturperiode habe sich der Ausschuss umfassend über Hochschulbau und den Sanierungsstau bei Hochschulbauten informiert. Sowohl das Hochschulmodernisierungsprogramm als auch das Hochschulkonsolidierungsprogramm liefen Ende 2020 aus, ohne dass das Problem in erforderlichem Umfang angegangen werde.

Auch die Grünen legten rechtzeitig Änderungsanträge vor. Dennoch gehe er nicht davon aus, dass der Haushaltsentwurf noch zustimmungsfähig werde.

Helmut Seifen (AfD) stellt fest, in den letzten drei Jahren habe der Einzelplan 06 erfreulicherweise einen deutlichen Aufwuchs erfahren. Die von den Vorrednern angesprochenen Mängel wie der Sanierungsstau seien zum großen Teil langfristig entstanden und könnten nur langfristig gelöst werden.

Erforderlich sei eine Steigerung der Zuschüsse für die Studierendenwerke. Hier müsse umgesteuert werden.

Die jetzige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verfolgten nach wie vor ideologisch begründete Ausrichtungen. Jeder befürworte die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Diesbezügliche Maßnahmen und Projekte an Hochschulen hätten damit aber wenig zu tun; dabei handele es sich in der Regel eher um ideologische Fragestellungen. Möglicherweise sei dieses Geld sinnvoller einsetzbar. Ein weiteres Beispiel für ideologische Ausrichtungen stelle das Stichwort „Klimakrise“ dar.

Inwiefern die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften erhöht werden könne, um die Drittmittelinwerbung auf ein richtiges Maß zurückzuführen, sei ebenfalls zu überdenken.

Einerseits fordere die CDU mehr Frauenförderung. Andererseits beklage man die geringe Kinderzahl gerade von Akademikern. Sie hänge auch mit fehlender beruflicher Sicherheit zusammen. Dazu könne die Entfristung von Stellen beitragen.

Änderungsanträge reiche die AfD-Fraktion ebenfalls ein.

Dr. Stefan Nacke (CDU) befürwortet den vorliegenden Haushaltsentwurf und erkennt an, welche hohe Summen angesichts der aktuellen und der erwarteten Finanzlage für die Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden können. Jeder könne sich noch größere finanzielle Unterstützung vorstellen; das sei regelmäßig so. Er sehe den Änderungsanträgen und deren Gegenfinanzierung gespannt entgegen.

Der zweite Bildungsweg werde durch eine Verdopplung des Haushaltsansatzes gestärkt. Dies sei insbesondere für die nachholenden Schulabschlüsse wichtig, die vielen Menschen neue Chancen eröffneten. Das entspreche dem Koalitions motto „Aufstieg durch Bildung“.

Für die Studierendenwerke wachse der Ansatz um beachtliche 9 %.

Zum Stichwort „Nothilfe für Studierende“ stehe insbesondere der Bund in der Pflicht. Verschiedene Hochschulstandorte verfügten darüber hinaus eigene Fonds, die zum Teil umfangreicher seien als die Fonds anderer Bundesländer.

Anerkennenswert seien die gesetzten Schwerpunkte in der Forschungsförderung wie beim Forschungszentrum Jülich. Die Medizinische Fakultät OWL befinde sich auf einem guten Weg und werde landesseitig intensiv unterstützt.

Angela Freimuth (FDP) freut sich auf Anregungen zur Änderung des Haushaltsentwurfs der Landesregierung.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) betont, die Steigerung des Einzelplans um rund 0,5 % relativiere sich, wenn man die Verzerrung durch drei große Projekte berücksichtige, die als Sondertatbestand dem Wissenschaftshaushalt zugeordnet worden und durch Bundesmittel sowie eine Co-Finanzierung des Landes realisiert worden seien. Der Einzelplan 20 sehe darüber hinaus einen Aufwuchs für die Tarifsteigerung vor.

Nicht vergessen dürften bei der Bewertung die aktuelle Coronapandemie und die dadurch verursachten zusätzlichen Schwierigkeiten.

Der Bund habe vor wenigen Tagen versprochen, das Nothilfeprogramm wieder aufzulegen. Da es sich um ein bundesweites Problem der Studierenden handle, sei dies angemessen. Nun müsse die konkrete Ausgestaltung abgewartet werden, um eventuell nachzusteuern. Notwendig sei eine abgestimmte Vorgehensweise zwischen Bund und Ländern. Untereinander stimmten sich die Länder bereits regelmäßig ab.

Neben dem dauerhaft vorgesehenen Aufwuchs hätten die Studierendenwerke im laufenden Jahr bereits Mittel aus dem Rettungsschirm erhalten.

Das Thema „studentisches Wohnen“ sei komplex. Ihm komme nicht erst in den letzten Jahren eine hohe Bedeutung zu. Gleichwohl habe es lange Zeit keine nennenswerten Investitionen in dem Bereich gegeben.

Bauministerin Scharrenbach engagiere sich sehr auf diesem Gebiet. An besonders betroffenen Standorten seien runde Tische abgehalten worden. Ein zentrales Problem bestehe regelmäßig darin, geeignete Grundstücke für Neubauten zu finden.

Das Ministerium stelle zur Unterstützung jährlich 50 Millionen Euro für öffentliche und private Investoren zur Verfügung. Die Studierendenwerke seien unterschiedlich gut auf die Herausforderung großer Bauvorhaben vorbereitet. In erster Linie verwalteten sie Wohnungen. Derzeit werde ein Organisationsgutachten erstellt, um den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen professionell zu bewältigen. Die Gewährung von Vollkostenzuschüssen für Studierendenwerke reiche nicht aus.

Eine über Jahre sehr groß gewordene Aufgabe liege im Hochschulbau. In Bielefeld könne ein zweiter Bauabschnitt in Angriff genommen werden. Die Planungen dazu führe das BLB durch. Manches gehe jedoch langsamer voran als gewünscht. Deshalb

könnten Universitäten künftig die Bauherreneigenschaft übernehmen. Das geschehe beispielsweise bei den Bauten für die Medizinische Fakultät OWL. In der Vergangenheit hätten Hochschulen bestimmte Einrichtungen im Rahmen der HSP-Mittel außerordentlich schnell und gut gebaut.

Zur Forschungsförderung an Fachhochschulen werde das Promotionskolleg etabliert. Eine Arbeitsgruppe von Landesregierung und HAW arbeite an der Fragestellung, wie Forschung an Fachhochschulen organisiert werden könne. Gelder zur Forschungsförderung seien in den Vorjahren in hohem Umfange abgerufen worden. Der Mitteleinsatz habe sich reduziert; denn das Ministerium habe sich entschieden, die Forschungsförderung freier und weniger themenorientiert auszurichten. Das Konzept sei bereits mit den Hochschulen besprochen worden und könne auf Wunsch den Ausschussmitgliedern vorgestellt werden.

Vorgezogen werde „Fokus Forschung HAW“; die übrigen Ausschreibungen folgten im nächsten Jahr und bezögen sich auf alle Hochschultypen, um das „Kästchendenken“ zu verlassen. Ausprobiert worden sei diese Art der Förderung bereits durch das Graduiertenkolleg zur Förderung des Nachwuchses im Bereich KI. Dafür hätten sich auch gemischte Teams aus Universitäten und Fachhochschulen beworben.

Bezüglich der Personalstellen gebe es offenbar ein Missverständnis. Für die angeführten Personalstellen trage das Land auch die Pensionslasten. Die Gesamtpersonalstatistik weise deutlich mehr Stellen aus.

Die Verträge zum ZSL seien inzwischen unterschrieben und sollten zu mehr Dauerstellen beitragen. Hierzu erfolge ein Monitoring seitens des Ministeriums bei den Hochschulen.

Zur Steigerung der Qualität der Lehre stünden neben der gesetzlich festgelegten Summe von 249 Millionen Euro weitere 51 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel seien nicht kapazitätswirksam und dienten auch zur Verbesserung der Betreuungsrelation.

Im Zusammenhang mit der FernUniversität von einem Skandal zu sprechen, sei abwegig. Die FernUniversität erziele durch die ZSL-Mittel einen wesentlichen Aufwuchs, der auf Wunsch gesondert dargestellt werde.

Als ganz wichtiges Projekt gelte die Medizinische Fakultät OWL. Großes Anliegen der Landesregierung sei eine zügige Realisierung. Dazu habe es eine Reihe von Gesprächen mit Professor Sagerer gegeben. Im August sei die Entwicklung der Medizinischen Fakultät in einer Kabinettsvorlage dargestellt worden.

Mit Blick auf die Mittelansätze habe Sie Professor Sagerer gebeten, eventuelle Planungsprobleme ab 2024 mitzuteilen, damit Lösungen gefunden werden könnten. Die Universität Bielefeld habe das Projekt sehr gut aufgesetzt. Vermutlich könne in einem Jahr mit der ersten Kohorte gestartet werden. Viele Berufungsverfahren liefen bereits. Bisher liege keine Rückmeldung vor, wonach auf Grundlage der heutigen Mittelfristigen Finanzplanung Geld fehle.

Die Digitale Hochschule NRW sei für die IT-Sicherheit als besonders wichtiges Netzwerk anzusehen, da sie alle Hochschulen zusammenschließe und es einen

regelmäßigen Austausch untereinander gebe. Zwei große Sicherheitsprogramme würden gemeinsam entwickelt; denn das Problembewusstsein sei groß. Finanzprobleme scheine es dabei keine zu geben.

Pro Universitätsklinik erhöhe sich der Ansatz in 2021 auf 2,5 Millionen Euro. Zusätzlich erhalte jede Universitätsklinik 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm für digitale Investitionen. Dabei werde der Sicherheitsaspekt mit betrachtet. Auf Basis des Krankenhauszukunftsgesetzes erhalte Nordrhein-Westfalen weitere Mittel, von denen zwingend 15 % für die IT-Sicherheit in Krankenhäusern einzusetzen seien. Zum ersten Mal profitierten auch die Universitätskliniken von dem allgemeinen Fonds für Krankenhäuser.

Für die BAföG-Verwaltung sei 2018 ein deutlicher Aufwuchs und somit eine bedarfsgerechte Finanzierung erreicht werden. In welchem Maße weiterer Bedarf bestehe, müsse sorgfältig geprüft werden. Nordrhein-Westfalen habe als eines von vier Pilotländern „BAföG Digital“ auf den Weg gebracht und beteilige sich gemäß des Königsteiner Schlüssels an der Entwicklung. Das Projekt stelle einen sehr wichtigen Schritt zur Entbürokratisierung und zum leichteren Zugang dar. Handlungsbedarf bestehe auf Bundesebene.

Der Wissenschaftsrat beschäftige sich erneut mit dem Thema „Hochschulbau“. Bundesweit stünden Sanierungen an. Möglichkeiten zur organisatorischen und wirtschaftlichen Verbesserung würden überlegt. Seit einigen Monaten beschäftige sich eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates mit diesem Thema. Der Arbeitsgruppe gehörten namhafte Kanzler aus Nordrhein-Westfalen an. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hätten in der letzten Sitzung in die Diskussion gebracht, die Hochschulbauten in Deutschland klimaneutral zu gestalten. Auch dazu werde sich der Wissenschaftsrat äußern, sodass hoffentlich bundesweite Standards verabredet würden.

Die meist an Volkshochschulen angebotenen Kurse mit dem Ziel, Schulabschlüsse nachzuholen, seien enorm erfolgreich und eröffneten den Absolventen ganz neue Perspektiven. Der Parlamentarische Staatssekretär Kaiser habe sich deshalb für eine Erhöhung des Weiterbildungsetats stark gemacht. Dies sei erfreulicherweise gelungen.

Zu erwähnen seien zudem die zusätzlich geschaffenen 1.000 Lehramtsstudienplätze.

StS Annette Storsberg (MKW) widerspricht, es seien nicht lediglich Vorgaben der EU und des Bundes zur Hebammen- und Psychotherapeutenausbildung umgesetzt worden. Auslöser sei allerdings die längst überfällige Änderung des Bundesgesetzes gewesen. Das Wissenschaftsministerium und das Gesundheitsministerium hätten mit Blick auf die traditionell nicht bedarfsgerechte Ausbildung von Hebammen über eine bedarfsgerechte Versorgung beraten. Der Gesundheitsminister beziffere den Bedarf auf 300 Hebammen und somit auf deutlich mehr als gegenwärtig an den Fachschulen ausgebildet werde. Das Land schaffe daher Studienplätze für 300 Hebammen.

Ähnlich verhalte es sich im Bereich der Psychotherapie. Üblicherweise spezialisiere man sich im Laufe eines Psychologiestudiums auf die Psychotherapie. Unbedingt verhindert werden müsse eine Kannibalisierung der Psychologie im Übrigen über die neue Psychotherapeutenausbildung. Auch dies sei mit dem Gesundheitsminister

intensiv besprochen worden. Die Psychotherapiestudienplätze würden so ausgelegt, dass nach seinem Ermessen bedarfsgerecht ausgebildet werde.

In den letzten drei Jahren habe Nordrhein-Westfalen eine Umschwung im Wissenschaftsbereich eingeleitet, inzwischen zu Baden-Württemberg und Bayern aufgeschlossen und mehrere sehr erfolgreiche Initiativen ergriffen. Das Forschungszentrum Jülich könne sich für Deutschland um einen europäischen Exascale-Rechner bewerben. Baden-Württemberg und Bayern stimmten dem zu, weil das Forschungszentrum auch nach Auffassung dieser beiden Länder die besten Chancen habe, den Rechner für Deutschland einzuwerben.

Gleiches nehme sie für die erfolgreiche Bewerbung des onkologischen Standortes Köln/Essen um das nationale Institut in Anspruch. Auch dies habe das Land aus eigenen Mitteln unterstützt und die Standorte Köln und Essen in die Lage versetzt, sich über mehrere Jahre so aufzustellen, dass sie erfolgreich aus dem Wettbewerb hätten hervorgehen können.

Helmut Diegel (CDU) lobt die ausführliche Stellungnahme der Landesregierung und dankt der Ministerin und ihrem Team für die Aufarbeitung der teilweise dezidiert aufgeführten Kritikpunkte.

Eine Regierung könne es der Opposition nie recht machen. Das sei einfach so. Trotzdem solle Kritik in einer Form geübt werden, die der Regierung die Möglichkeit eröffne, nachzubessern, andere Meinungen zu respektieren und zu begründen, welche Dinge warum nicht machbar seien. Eine derart pauschale Kritik, wie sie die SPD vorgetragen habe, sei nicht hilfreich. Stattdessen könnten konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden.

Auch könnten sich die Fraktionen untereinander verständigen, um positiv-kritisch miteinander umzugehen und nicht destruktiv; denn das Parlament habe die gemeinsame Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren.

In Bezug auf die FernUniversität Hagen gebe es in der Tat etwas aufzuarbeiten. Von einem Skandal zu sprechen, sei aber unangebracht.

Dietmar Bell (SPD) entgegnet, er gehe regelmäßig auf andere Fraktionen zu. Nach dem Wechsel in der Sprecherfunktion der CDU habe es im letzten Jahr ein intensives Gespräch über Haushaltsanträge und Änderungsanträge gegeben. Vor den abschließenden Beratungen habe die SPD jedoch keine Rückmeldung der regierungstragenden Fraktionen dazu erhalten. Gesprächsangebote nehme die SPD gerne auf.

In einem zweijährigen Prozess zwischen der FernUniversität Hagen und dem Ministerium sei ein Projekt diskutiert und gemeinsam eine im Detail benannte Finanzierungsnotwendigkeit festgestellt worden. Vor diesem Hintergrund halte er die aktuelle Entwicklung in der Tat für skandalös. Das Projekt sei nicht mehr im Haushalt eingestellt. Er messe die CDU daran, ob dieses Projekt so zustande komme, wie es der Koalitionsvertrag vorsehe.